

Vortrag der Agglomerationskommission (AKO) an den Stadtrat

Agglomerationskommission (AKO): Tätigkeitsbericht für das Jahr 2017

1 Ausgangslage

Die Agglomerationskommission (AKO) wurde vom Stadtrat erstmals für die Legislatur 2005–2008 als nicht ständige Kommission eingesetzt mit dem Auftrag, die Entwicklung der Agglomerationspolitik auf kantonaler und regionaler Ebene zu verfolgen. Nach der Einführung der Regionalkonferenz Bern-Mittelland wurde die AKO durch Beschluss der Stimmberechtigten auf den 1. Januar 2013 in eine ständige parlamentarische Kommission überführt. Sie erstattet dem Stadtrat jährlich Bericht über ihre Aktivitäten. Der vorliegende Bericht gibt Auskunft über die Tätigkeit der AKO im ersten Jahr der Legislaturperiode 2017-2020 und ist von der Kommission am 31. Januar 2018 zuhänden des Stadtrats verabschiedet worden.

2 Zusammensetzung

Die ständigen Kommissionen des Stadtrats werden jeweils zu Beginn einer Legislatur für eine vierjährige Amtsdauer neu gewählt. Am 12. Januar 2017 wählte der Stadtrat die folgenden 11 Ratsmitglieder in die AKO:

Ingrid Kissling-Näf (SP/JUSO), Präsidentin

Isabelle Heer (BDP/CVP), Vizepräsidentin

Timur Akçasayar (SP/JUSO)

Katharina Gallizzi (GB/JA!)

Ueli Jaisli (SVP)

Bettina Jans-Troxler (GFL/EVP)

Nora Krummen (SP/JUSO)

Patrizia Mordini (SP/JUSO)

Alexandra Thalhammer (FDP)

Luzius Theiler (AL/GaP/PdA)

Patrick Zillig (GLP)

Vizepräsidentin Isabelle Heer und Bettina Jans-Troxler traten auf Ende August 2017 aus der Kommission zurück. An ihrer Stelle wählte der Stadtrat am 14. September Ruth Altmann (BDP/CVP) und Brigitte Hilty Haller (GFL/EVP) als neue AKO-Mitglieder. Da die Fraktion AL/GaP/PdA mit Luzius Theiler einen zweiten Kandidaten für die Wahl des Vizepräsidiums nominierte, erfolgte die Neubesetzung erst am 16. November 2017. Dabei stellte sich eine Mehrheit des Stadtrats hinter die «offizielle» Kandidatin der Fraktion BDP/CVP und wählte Ruth Altmann zur neuen Vizepräsidentin der AKO.

3 Aufgaben und Zuständigkeiten

Aufgaben und Zuständigkeiten der AKO ergeben sich aus Artikel 72e der Gemeindeordnung und Artikel 25a des Geschäftsreglements des Stadtrats. Demnach übt die Kommission im Auftrag des Stadtrats die Aufsichtsfunktion über die städtische Agglomerationspolitik aus und lässt sich regelmässig vom Gemeinderat über die agglomerations- und regionalpolitischen Aktivitäten der Stadt informieren. Weiter prüft sie alle Sachgeschäfte, welche die Agglomerationspolitik betreffen, nimmt Stellung im Rahmen von Mitwirkungsverfahren und ist zuständige Kommission für ein allfälliges Behördenreferendum gegen einen Beschluss der Regionalversammlung. Sie pflegt Kontakte zu anderen Parlamenten und Akteuren und Akteurinnen in der Region mit dem langfristigen Ziel, eine gemeinsame Haltung zu entwickeln. Dazu führt sie regelmässig Tagungen und weitere Anlässe zu aktuellen Themen der Agglomerationspolitik durch.

4 Sitzungen und Themen

Die AKO traf sich 2017 zu sechs ordentlichen Kommissionssitzungen. Hinzu kamen die jährliche Tagung im Berner Haus der Generationen und ein Vernetzungsanlass mit den umliegenden Gemeinden. Der neu gewählte Stadtpräsident Alec von Graffenried und Regula Buchmüller (Leiterin der Abteilung Aussenbeziehungen und Statistik) nahmen regelmässig an den Sitzungen der AKO teil und informierten die Kommission über die Aktivitäten des Gemeinderats und die Traktanden der Regionalversammlung. Ein Schwergewicht legte die AKO im Berichtsjahr auf die Vorberatung von Sachvorlagen des Gemeinderats mit regionalpolitischem Bezug (STEK, Tram Bern Ostermundigen). Weiter befasste sich die Kommission mit den folgenden Themen:

Regionalversammlungen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland (RKBM)

Die Regionalversammlung der RKBM traf sich am 27. Januar, am 22. Juni und am 14. Dezember 2017 zu ihren ordentlichen Sitzungen. Der Gemeinderat hat die AKO jeweils vorgängig über die traktandierten Geschäfte und seine Haltung dazu informiert. Nachdem die Regionalversammlung im Oktober 2016 das Regionale Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept (RGSK) II verabschiedet hatte, standen 2017 keine wichtigen Sachvorlagen auf der Agenda. Bemerkenswert ist aus städtischer Sicht einzig die Bewilligung eines Kredits von 140'000 Franken für die Erarbeitung einer Mobilitätsstrategie für die Region. Im Rahmen des Projekts «Mobilitätsstrategie Region Bern-Mittelland 2040» wird die RK in den kommenden zwei Jahren die bestehende Strategie von 2003 aktualisieren mit dem Ziel, Handlungsansätze und -empfehlungen für den städtischen und ländlichen Raum zu entwickeln. Dies erfolgt in enger Abstimmung mit der ebenfalls geplanten Ausarbeitung der Netzstrategie ÖV Kernagglomeration Bern. Die aktualisierte regionale Mobilitätsstrategie wird als wichtige Grundlage für das RGSK 2020 (3. Generation) dienen.

Weiter befasste sich die Regionalversammlung wie gewohnt mit statuarischen Geschäften: Am 22. Juni 2017 genehmigte sie die Jahresrechnung, die im Gegensatz zum Vorjahr positiv mit einem Ertragsüberschuss von rund 235'000 Franken abschloss. Am 14. Dezember 2017 stimmte sie einstimmig dem Budget 2018 zu. Es sieht bei einem Gesamtaufwand von knapp 10 Millionen Franken ein Defizit von 116'800 Franken vor. Der Pro-Kopf-Beitrag der Gemeinden beträgt unverändert 3.94 Franken. Gleichzeitig nahm die Regionalversammlung die Gesamterneuerungswahlen für die dritte Legislaturperiode 2018-2021 vor. Elisabeth Allemann Theilkäs (Präsidentin der Regionalversammlung) und Thomas Hanke (Präsident der Geschäftsleitung) wurden einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Die Stadt Bern wird seit 1. Januar 2017 vom neuen Stadtpräsidenten Alec von Graffenried in der Regionalversammlung, in der Geschäftsleitung und in den Kommissionen Raumplanung und Kultur vertreten. Daneben nehmen die Gemeinderatsmitglieder Ursula Wyss (Verkehr) und Reto Nause (Wirtschaft) in ihren jeweiligen Fachkommissionen Einsitz.

Parlamentarische Mitwirkung bei wichtigen Vorhaben der RKBM

Am 19. Oktober 2016 hat die AKO beschlossen, Verfahren und Zuständigkeiten bei Konsultationen des Stadtrats durch die RKBM verbindlich zu regeln und zu beantragen, eine entsprechende Bestimmung ins Geschäftsreglement (GRSR) aufzunehmen. Der Entwurf der Kommission sah vor, dass die AKO künftig abschliessend zuständig für Konsultationen bei wichtigen Vorhaben der RK (Kulturverträge, RGSK) ist. Sie arbeitet allenfalls unter Beizug von externen Sachverständigen die Konsultationsantwort aus, holt den Mitbericht des Gemeinderats und der zuständigen Sachkommission ein und kann nach eigenem Ermessen entscheiden, ob die Antwort dem Gesamtstadtrat zum Beschluss unterbreitet werden soll. Diese Zuständigkeitsregelung ist aus der Sicht der AKO sinnvoll, da sie bereits heute erste Ansprechpartnerin des Gemeinderats im Zusammenhang mit Beschlüssen über allfällige Behördenreferenden oder -initiativen ist und sich regelmässig über die Traktanden der Regionalversammlung informieren lässt.

Die Aufsichtskommission des Stadtrats (AK) hat den Antrag der AKO im Rahmen einer parallel laufenden Teilrevision des GRSR weiterbearbeitet und am 28. August 2017 in leicht modifizierter Form zuhanden des Stadtrats verabschiedet. Die gemeinsam von beiden Kommissionen ausgearbeitete Ergänzung sieht vor, dass es für den Entscheid, ob eine Konsultationsantwort der AKO dem gesamten Stadtrat unterbreitet wird, keinen Mehrheitsbeschluss der Kommission braucht, sondern auch eine qualifizierte Kommissionsminderheit im Sinn von Artikel 31 Absatz 3 GRSR (=ein Drittel der anwesenden Kommissionsmitglieder) dies erwirken kann. Damit wird den Bedenken der AK Rechnung getragen, wonach je nach parteipolitischer Zusammensetzung der AKO eine Konsultationsantwort beschlossen wird, die nicht der Haltung des Gesamtstadtrats entspricht. Der Stadtrat schloss sich diesen Überlegungen an und genehmigte die Ergänzung des GRSR mit einem neuen Artikel 70e betreffend die Konsultationen der RK am 21. September 2017.

Regionale Vernetzung

Vernetzung und Kontaktpflege mit den umliegenden Gemeinden gehören zu den thematischen Schwerpunkten der AKO. Die Beziehungspflege und der Informationsaustausch sollen das gegenseitige Verständnis in der Region fördern und zur Vertrauensbildung beitragen. Im Berichtsjahr hat die Kommission noch stärker als bisher einen Fokus auf ihre Vernetzungsaktivitäten gelegt und am 16. August 2017 einen weiteren Vernetzungsanlass mit Vertreterinnen und Vertretern der angrenzenden Gemeinden und der Parlamentsgemeinden im Perimeter der RKBM durchgeführt. Der Anlass fand im Areal Inselspital Bern und ging der Frage nach, wie sich die Wirtschaftskraft der Kernagglomeration Bern im Vergleich mit den übrigen urbanen Wirtschaftsräumen der Schweiz präsentiert. Dabei zeigte sich, dass die Agglomeration Bern über eine leistungsstarke Wirtschaft verfügt: Die pro Kopf erarbeitete Wirtschaftsleistung liegt deutlich über dem Schweizer Durchschnitt. Der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung von Region und Kanton ist die Stadt Bern, deren Wirtschaftsleistung pro Kopf fast doppelt so hoch ist wie im kantonalen Durchschnitt.

Diese Befunde basieren auf einer Datenanalyse, welche die BAK Economics AG Basel im Auftrag der AKO erstellt und am Vernetzungsanlass präsentiert hat (siehe Beilage). Die Studie zeigt, dass das Wachstum der Kernagglomeration Bern hauptsächlich in den Gemeinden rund um Bern generiert wird. Die wichtigsten Branchen in den Agglomerationsgemeinden entwickeln sich dynamischer als in der Stadt, wo allein das Gesundheitswesen ein deutliches Wachstum aufweisen kann. Im Standortwettbewerb mit den übrigen urbanen Wirtschaftsräumen verfügt die Agglomeration Bern über eine vergleichsweise sehr gute Erreichbarkeit und eine hohe Verfügbarkeit von Hochqualifizierten und Fachkräften, gleichzeitig fehlt ihr aber ein herausragender Standortfaktor. Aus der Sicht der AKO ist es wichtig, dass den günstigen Standortfaktoren im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung Sorge getragen wird. Mit einer koordinierten Stadtentwicklungspolitik sollten zudem die Dienstleistungsbranche, der Start-up Bereich und die Kreativwirtschaft weiterentwickelt werden.

Mit einer Interpellation vom 14. September 2017 (2017.SR.000204) ersuchte die Kommission den Gemeinderat um eine Stellungnahme zu den strategischen und organisatorischen Rahmenbedingungen der künftigen Wirtschaftsentwicklung, insbesondere was den urbanen Werkplatz Bern und seine Funktion als Dienstleistungshub und Innovationsstandort betrifft. In seiner Antwort betont der Gemeinderat, dass die Stadt weiterhin ein starkes Zentrum der Hauptstadtregion Bern insbesondere in den Schlüsselbereichen Verwaltung, Bildung und Gesundheit sein soll. Er geht davon aus, dass der städtische Werkplatz künftig noch stärker vom Dienstleistungsbereich und von der Kreativwirtschaft bestimmt wird. Abgesehen von der Unterstützung bei der Standortsuche sieht er aber bisher keine spezielle Förderung von Dienstleistungen und sozialer Innovation vor. Einig sind sich Gemeinderat und Kommission darin, dass die bestehende Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden im Bereich Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung weiter gestärkt werden soll.

Im Rahmen ihrer Vernetzungstätigkeit beteiligte sich die AKO 2017 erneut an der Plattform Region Bern, die am 14. Juni im Kornhausforum stattfand. Experten aus Privatwirtschaft und Verwaltung diskutierten mit Regierungsrat Christoph Neuhaus und verschiedenen regionalen Organisationen über Wunsch und Wirklichkeit der räumlichen Entwicklung in der Region Bern (siehe dazu: <http://www.prb15.ch/#veranstaltungen>). 2018 wird sich die Plattform mit einer Studie der Universität Bern befassen, die im Auftrag des Vereins «Bern NEU gründen» im April publiziert und der AKO am 6. September 2017 von Vorstandsmitglied Hannes Treier vorgestellt wurde. Sie skizziert die Verwaltungsorganisation einer möglichen fusionierten Grossstadt Bern und erläutert, wie politische Repräsentation und Partizipation ausgestaltet werden könnten. Die Autorinnen und Autoren sind überzeugt, dass ein Zusammenschluss der 12 Gemeinden der Stadtregion Bern zu einer Grossstadt mit 244'000 Einwohnern vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht mit sich bringt. Als Regierungsmodell schlagen sie einen 7-köpfigen Gemeinderat mit dezentraler Verwaltung und sogenannten Bürgerämtern vor, die als erste Anlaufstellen für die Bevölkerung dienen (weitere Informationen unter: <http://www.bernneugruenden.ch>).

Resonanzgruppe Kernregion Bern

Am 3. November 2016 hat der Stadtrat das interfraktionelle Postulat «Kernregion Bern: Gemeinsame Entwicklung an die Hand nehmen» mit deutlichen Mehr erheblich erklärt. Der Vorstoss fordert die Einsetzung einer Resonanzgruppe Kernregion Bern mit den umliegenden Gemeinden. Beabsichtigt ist die Schaffung einer neuen und möglichst niederschweligen Struktur unter Beteiligung der bestehenden Gemeindeparlamente, die bisher im Bereich der interkommunalen Zusammenarbeit nur schwach vertreten sind. Die Resonanzgruppe soll als Kontaktgremium für die beteiligten Gemeinden dienen, die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit fördern und Themen für die gemeinsame Entwicklung der Kernregion Bern diskutieren. Ziel ist die Entwicklung eines regionalen Bewusstseins und einer gemeinsamen Identität. Gleichlautende Vorstösse wurden auch in den übrigen fünf Parlamentsgemeinden der Kernagglomeration (Köniz, Münchenbuchsee, Muri, Ostermundigen, Zollikofen) eingereicht und überwiesen.

Im August 2017 hat die Stadtverwaltung gemeinsam mit der AKO einen Initialanlass durchgeführt, an dem die Grundlagen für die künftige Resonanzgruppe und das weitere Vorgehen festgelegt wurden. Eingeladen waren die folgenden 14 Gemeinden: Bern, Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen, Ittigen, Kehrsatz, Kirchlindach, Köniz, Meikirch, Münchenbuchsee, Muri, Ostermundigen, Wohlen und Zollikofen. Aus der Diskussion ergab sich, dass die Resonanzgruppe grundsätzlich als ergebnisoffene Netzwerkplattform konzipiert sein soll, wo der Informations- und Erfahrungsaustausch im Vordergrund steht. Pro Gemeinde sollen je drei Personen in der Resonanzgruppe vertreten sein: einerseits das Gemeindepräsidium und andererseits zwei Parlamentsmitglieder bzw. Mitglieder von Kommissionen bei Gemeinden ohne Parlament. Die Stadt wird vom Stadtpräsidenten und von den beiden Ratsmitgliedern Ingrid Kissling-Näf (AKO-Präsidentin 2017) und Ruth Altmann (AKO-Vizepräsidentin 2017) vertreten.

Gleichzeitig beschlossen die Teilnehmenden des Initialanlasses, dass zunächst eine zweijährige Testphase durchgeführt wird, in der insgesamt vier Treffen der Resonanzgruppe Kernregion vorgesehen sind. Grundsätzlich soll kein neues Gefäss geschaffen werden, sondern die Treffen werden in bestehende Gefässe integriert (Boccia-Club, Vernetzungsanlass der AKO). Dies gewährleistet eine gleichwertige Beteiligung und Berücksichtigung von Exekutiven und Parlamenten. Das erste Treffen der Resonanzgruppe ist für den 15. März 2018 geplant und wird in Frauenkappelen stattfinden. Mögliche Themen und Inhalte des Treffens (gemeinsame Projekte und Ziele für die Entwicklung der Kernregion) sollen in erster Linie von den Parlamenten kommen, da sie die Bildung der Resonanzgruppe gefordert haben. Zur Vorbereitung des Anlasses ist eine Spurgruppe eingesetzt worden, in der auch die beiden Vertreterinnen der AKO sowie je ein Parlamentsmitglied aus den umliegenden Gemeinden mitarbeiten.

Vorberatung von städtischen Vorlagen

Neben ihren Tätigkeiten im Bereich der städtischen Aussenbeziehungen hat sich die AKO 2017 verstärkt bei der Beratung von Sachvorlagen eingebracht, die Region und Kernagglomeration betreffen und über die Stadtgrenzen hinaus von Bedeutung sind. Dies gilt insbesondere für das neue Stadtentwicklungskonzept (STEK) 2016, das als Richtschnur für die künftige Entwicklung der Stadt dient und dessen Ziele und Massnahmen mit der Region (RGSK II) und mit den angrenzenden Gemeinden abgestimmt sind. Die AKO hat das Geschäft am 3. Mai 2017 beraten und dem Stadtrat ohne Gegenstimme beantragt, das STEK zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus verabschiedete die Kommission zwei Planungserklärungen, wonach die Gemeinden der Hauptstadregion und der Kernagglomeration bei künftigen Planungen zwingend miteinzubeziehen sind und bezüglich der städtischen planungsrechtlichen Grundlagen zu prüfen ist, ob der Stadtrat künftig über wichtige Planungen (wie beispielsweise das STEK) beschliessen soll. Der Stadtrat folgte der AKO und stimmte beiden Anträgen am 21. September 2017 zu.

Am 21. Juni 2017 behandelte die AKO die städtische Abstimmungsvorlage Tram Bern Ostermundigen im Beisein der städtischen Verkehrsdirektorin Ursula Wyss. Die Kommission stellte dabei fest, dass das neue Tramprojekt aus agglomerationspolitischer Sicht sehr wichtig sei und die ÖV-Verbindung zwischen der Stadt und Ostermundigen wesentlich verbessere. Deshalb stimmte die AKO der Realisierung der neuen Tramlinie inkl. städtischem Kostenanteil von knapp 25 Mio. Franken mehrheitlich zu. Die von einer Kommissionsminderheit beantragte Rückweisung der Vorlage mit dem Auftrag, die Baumalleen in der Viktoriastrasse, der Laubeggstrasse und der Ostermundigenstrasse zu erhalten, lehnte sie ab. Der Stadtrat behandelte das Geschäft am 31. August 2017 und verabschiedete es zuhanden der Stimmberechtigten, die dem Tramprojekt schliesslich mit einem Anteil von 62,2 % Ja-Stimmen zustimmten. Noch hängt die Realisierung aber vom Ergebnis der kantonalen Abstimmung über die Tramvorlage 2018 ab.

Berichterstattung des Gemeinderats zur Agglomerationspolitik

Der Gemeinderat orientiert die AKO als Aufsichtsorgan zweimal jährlich über die städtische Agglomerationspolitik. Die mündliche Berichterstattung erfolgte am 21. Juni 2017. Der neue Stadtpräsident Alec von Graffenried informierte die Kommission erstmals über den aktuellen Stand verschiedener Agglomerationsprojekte, die aus städtischer Sicht von besonderer Bedeutung sind. Dabei nahm die AKO zur Kenntnis, dass der neue Campus der BFH definitiv im ESP Ausserholligen (Weyermannshaus) geplant wird, das Politforum im Käfigturm dank einer von der Stadt mitfinanzierten neuen Trägerschaft weitergeführt werden kann und der Bund auf Ersuchen der BLS das Sachplanverfahren für die Erstellung einer neuen BLS-Werkstätte im Chlyforst aufgenommen hat. Anschliessend wurde die Kommission von den zuständigen Gemeinderatsmitgliedern über die gemeindeübergreifenden Aktivitäten im Bereich Sportanlagen (Franziska Teuscher) sowie über die geplanten Velohaupttrouten (Ursula Wyss) informiert.

Am 29. November 2017 behandelte die AKO den jährlichen Bericht des Gemeinderats an den Stadtrat zur Agglomerationspolitik. Der Bericht informiert wie gewohnt über die agglomerationspolitischen Projekte der Stadt und die Ziele und Aktivitäten des Gemeinderats. Nach wie vor räumt der Gemeinderat der Agglomerationspolitik eine hohe Priorität ein und legte in seinen Zielen für die neue Legislatur 2017-2020 fest, dass die Zusammenarbeit und der Austausch mit den umliegenden Gemeinden verstärkt werden soll. Die wichtigsten Projekte im Bereich Kernregion waren 2017 das Tram Bern Ostermundigen und das Konzept Velohaupttrouten, dessen Umsetzung im August 2017 mit den ersten Vorarbeiten für die Haupttroute Bern-Köniz in Angriff genommen wurde. Auf Stufe Bund und Kanton stehen gegenwärtig das Projekt Zukunft Bahnhof Bern (ZBB), der Bypass A6 zur Engpassbeseitigung zwischen dem Wankdorf und Muri und die neue BLS-Werkstätte im Fokus. Für weitere Informationen wird auf den Bericht des Gemeinderats vom 25. Oktober 2017 verwiesen.

Die AKO hat den Bericht des Gemeinderats positiv gewürdigt und beantragt dem Stadtrat einstimmig, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Er gibt einen informativen Überblick über die aktuell relevanten Projekte in der Regional- und Agglomerationspolitik und zeigt auf, welche Ziele die Stadt im Rahmen der verschiedenen Projekte und in der Zusammenarbeit mit den regionalen Institutionen verfolgt. Die Kommission begrüsst das verstärkte Engagement des Gemeinderats in der Kernagglomeration und unterstützt insbesondere die Aktivitäten zur Bildung der neuen Resonanzgruppe Kernregion, in der auch die sechs Gemeindeparlamente der Kernregion vertreten sind. Hingegen steht mindestens ein Teil der AKO der zurückhaltend positiven Haltung des Gemeinderats zum Standort Chlyforst für die neue BLS-Werkstätte kritisch gegenüber und hat deshalb einer Motion zugestimmt, die den Gemeinderat beauftragt, sich im Rahmen der Mitwirkung für den Verzicht auf die Werkstätte im Chlyforst einzusetzen und mit den betroffenen Gemeinden eine gemeinsame Strategie gegen deren Realisierung zu erarbeiten. Eine Mehrheit des Stadtrats ist ebenfalls dieser Ansicht und erklärte die Motion am 2. November 2017 als Richtlinie erheblich.

5 Jahrestagung in Bern

Am 10. November 2017 fand im Berner Generationenhaus die 12. Jahrestagung der AKO zur Agglomerationspolitik statt. Wie gewohnt wurden Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden der RKBM, Grossrätinnen und Grossräte aus der Region sowie der gesamte Stadtrat zur Veranstaltung eingeladen. Die Tagung befasste sich mit dem Thema «Soziale Innovation» oder anders formuliert mit Initiativen und Projekten, die darauf abzielen, neue Verhaltensweisen für gesellschaftliche und ökologische Herausforderungen zu entwickeln. Im Zentrum standen die Frage, welchen Mehrwert soziale Innovationen dem Gemeinwesen bringen, wie sie zur wirtschaftlichen Entwicklung von Stadt und Region Bern beitragen und in welcher Weise sie gefördert werden können. Wie in den Vorjahren stiess der Anlass auf grosses Interesse: Rund 50 Personen nahmen an der Veranstaltung teil, darunter ein grosser Teil aus den Regionsgemeinden.

Das Vormittagsprogramm umfasste wie gewohnt drei Referate und eine Podiumsdiskussion. Zunächst erläuterte Dr. Jakub Samochowiec vom Gottlieb Duttweiler Institut (GDI) die Frage nach der Bedeutung von sozialen Innovationen für das Gemeinwesen und wie sie ermöglicht und unterstützt werden können. Anschliessend führte Dr. Urs Guggenbühl aus, was von der High-Tech Förderung für den Umgang mit sozialen Innovationen gelernt werden kann. Er erläuterte an zwei aktuellen Beispielen, wie die Förderung von Startups durch «be-advanced» funktioniert, und hielt fest, dass die Förderungsmodelle im Bereich High-Tech auch bei sozialen Innovationen greifen. Schliesslich stellte Sabine Schenk, Geschäftsführerin der Stiftung Zürcher Gemeinschaftszentren, ihre Institution vor und berichtete über die Herausforderungen, die sich bei der Umsetzung von Innovationsprojekten im soziokulturellen Bereich stellen.

Die drei Referate bildeten den Ausgangspunkt für die Podiumsdiskussion. Dort diskutierte Stadtpräsident Alec von Graffenried mit Professor Dominik Georgi, Leiter des Forschungsprojekts Sharecity an der Hochschule Luzern, und den Referenten Jakub Samochowiec und Urs Guggenbühl über den wirtschaftlichen Wert von sozialen Innovationen, Chancen und Risiken der Sharing Economy und Möglichkeiten der regionalen Zusammenarbeit in diesem Bereich. Die Teilnehmenden waren sich einig darin, dass Freiräume und ein Klima des Vertrauens ohne zu viele Regulierungen und Kontrollen die Entstehung und den Erfolg von sozialen Innovationen begünstigen. Am Nachmittag setzten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in drei Workshops vertieft mit den Inputs aus den Fachreferaten und der Podiumsdiskussion auseinander und präsentierten ihre Erkenntnisse im Plenum. Dabei wurde festgestellt, dass die aktuelle Wirtschaftsförderung der Stadt sehr traditionell ausgerichtet ist und mit einer Innovationsmesse und/oder einer Sharecity-Strategie neue Anreize gesetzt werden könnten. Detaillierte Informationen zu Referaten, Podiumsdiskussion und den Workshops sind im ausführlichen Tagungsbericht enthalten (www.bern.ch/stadtrat).

6 Fazit

Die vorangegangenen Ausführungen zeigen, dass die AKO auf ein abwechslungsreiches und ausserordentlich aktives Jahr zurückblicken kann. Die Kommunikation und der Austausch mit den Regionsgemeinden wurden im Rahmen des Vernetzungsanlasses und insbesondere anlässlich der Fachtagung der AKO weiter gepflegt. Besonders bemerkenswert war in dieser Hinsicht der Anlass im Inselareal, wo die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach der Veranstaltung vom Dach des Bettenhochhauses sinnbildlich einen Blick weit über die Stadtgrenzen hinaus in die Region werfen konnten. Auch inhaltlich brachte der Anlass mit einer exklusiven Datenanalyse zum Thema Wirtschaftskraft in der Kernagglomeration neue Erkenntnisse, die für die gesamte Region von Interesse sind. Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt liegt der AKO sehr am Herzen. Sie begrüsst deshalb die vom Gemeinderat beschlossene Zuteilung des Wirtschaftsamts an die Präsidialdirektion auf den 1. Januar 2018 und erhofft sich dadurch neue Impulse für die städtische Wirtschaftsförderung.

Dank ihren Aktivitäten hat sich die AKO als wichtige und anerkannte Akteurin in der Regional- und Agglomerationspolitik etabliert. Die Zusammenarbeit mit dem neu zusammengesetzten Gemeinderat und der Verwaltung war insbesondere bei den Vorarbeiten zur Einsetzung der Resonanzgruppe Kernregion ausgezeichnet. Die Kommission schätzt den regelmässigen Austausch mit dem Gemeinderat und dankt besonders dem neuen Stadtpräsidenten Alec von Graffenried und der Abteilung für Aussenbeziehungen und Statistik (AUSTA) für die Zusammenarbeit. Die periodische Berichterstattung des Gemeinderats und die Information über die Traktanden der Regionalversammlung und die städtischen Projekte im Bereich Agglomeration liefern der AKO wertvolle Hinweise für ihre eigenen Aktivitäten.

Antrag

Der Stadtrat nimmt den Bericht der Agglomerationskommission für das Jahr 2017 in zustimmendem Sinn zur Kenntnis.

31. Januar 2018

Die Agglomerationskommission